

Schulstreiks: Bußgeld für Eltern



Von CHEVROLET | Zugegeben, zu fernen Schülertagen hätte ich an so einem Schulstreik auch Spaß gehabt. Ein paar Stunden nicht die harten Schulbänke drücken und langweilige Mathematik, Physik, Chemie oder sonst etwas hören müssen, stattdessen „chillen“ in der Innenstadt, das wäre schon nett gewesen. Wir taten es nicht, wir wollten ja ein gutes Abitur haben, um dann einen guten Beruf zu bekommen.

Aber heute gibt es ja Gretchen Thunfisch und ihren Klimawandel, das ist ja etwas Höheres, dafür kann man streiken, fühlt sich gut und genießt die freien Freitage. Dazu ein wenig Event wenn man den Verkehr so lahmlegt, dass noch mehr CO₂ entsteht, und gut. Was soll's. Und wen die linke Kanzlerin und der Grußaugust in Berlin das loben, ist die Welt in Ordnung.

Doch jetzt? Wegen der Teilnahme ihrer Kinder an einer Demonstration der Klimaschutzbewegung „Fridays for Future“ haben vier Familien in Mannheim Bußgeldbescheide bekommen. Das zuständige Regierungspräsidium Karlsruhe bestätigte am Mittwoch, dass die Eltern jeweils 88,50 Euro zahlen sollen. Nach einem Bericht der Zeitung „Mannheimer Morgen“ geht es um das unentschuldigte Fehlen der Gymnasiasten in jeweils zwei Stunden am 24. Mai. Einen Antrag auf Befreiung vom Unterricht hatten die Eltern nach Angaben des Regierungspräsidiums nicht gestellt. Der Klassenlehrer habe sie schriftlich darüber informiert, welche Konsequenzen ein unentschuldigtes

Fernbleiben vom Unterricht hat. Auch mit den Schülern seien mehrfach Gespräche geführt worden, teilte die Behörde unter Berufung auf Angaben der Schulleitung weiter mit.

Nach Angaben der Mannheimer „Fridays-for-Future“-Organisation sollen an diesem Freitag Spenden gesammelt werden, um die Bußgelder zu bezahlen. Bei den Demonstrationen jeden Freitag setzen sich die Schüler für einen konsequenten Klimaschutz ein und lassen dafür auch den Unterricht ausfallen.

☒ Weitere Fälle von Bußgeldbescheiden in Baden-Württemberg sind dem Regierungspräsidium nach nicht bekannt. Es verwies darauf, dass die Behörde und die Schule Verständnis dafür hätten, dass sich Schüler engagieren. Es sei allerdings kein sachlicher Grund erkennbar, wieso die Demonstrationen ausgerechnet in der Unterrichtszeit stattfinden und nicht etwa danach. Die rechtliche Situation sei daher eindeutig.

Ja, also zahlen, würde der gesunde Menschenverstand sagen. Aber wir wissen seit den Flüchtlingspaten, die einst „Familienangehörige von Flüchtlingen“ einluden und die Kosten dafür übernehmen wollten (PI-NEWS berichtete mehrfach), aber natürlich von der Zahlung befreit werden, entspricht das Anliegen der amtlichen Gesinnung, verläuft alles im Sande und der Steuerzahler kann löhnen. Wetten, dass es mit den Schülern genauso laufen wird.